

Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen
(15. - öffentliche - Sitzung am 5. September 2018)

Beratungsthemen:

1. a) **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Volksabstimmungsgesetzes**
Gesetzentwurf der Fraktion der AfD - [Drs. 18/1079](#)
- b) **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Niedersächsischen Verfassung**
Gesetzentwurf der Fraktion der AfD - [Drs. 18/1081](#)

Der Ausschuss bat die Landesregierung, ihn in einer der nächsten Sitzungen darüber zu unterrichten, aus welchen Gründen in den letzten 25 Jahren Volksinitiativen und Volksbegehren gescheitert seien. Insbesondere soll dargelegt werden, um wie viel die in den Artikeln 47 und 48 der Niedersächsischen Verfassung verlangte Mindestunterstützung der Volksinitiativen und -begehren jeweils verfehlt wurde. Ferner soll mitgeteilt werden, welche Quoren in anderen Bundesländern gelten. Nach Möglichkeit soll auch ein Überblick über die Zahl gescheiterter und erfolgreicher Volksinitiativen und -begehren in den anderen Ländern gegeben werden.

2. **Antrag auf Unterrichtung durch die Landesregierung zur Wahl von Schöffinnen und Schöffen**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen. Er bat die Landesregierung um schriftliche Auskunft zu der Frage, ob die Amtsgerichte gehalten seien, den Mitgliedern der Schöffenwahlausschüsse mitzuteilen, welche Personen bisherigen schon als Schöffen tätig waren und ob diese wiedergewählt werden könnten.

3. **Schöffenamt stärken - Kommunen unterstützen**
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/1359](#)

Der - federführende - Ausschuss begann mit der Antragsberatung. Er bat die Landesregierung, in einer der nächsten Sitzungen zu dem Antrag Stellung zu nehmen. Die Stellungnahme soll auch auf Schwierigkeiten bei der Freistellung von Schöffen durch private und öffentliche Arbeitgeber eingehen. Auf Gesichtspunkte, die bereits in der Unterrichtung zu Tagesordnungspunkt 2 zur Sprache gekommen sind, soll nicht erneut eingegangen werden.

4. **Verfassungsgerichtliches Verfahren:**

Organstreitverfahren der AfD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag gegen den Niedersächsischen Landtag wegen Verletzung verfassungsmäßiger Rechte gemäß Art. 54 Nr. 1NV („Stiftung niedersächsische Gedenkstätten“) – StGH 1/18

Der Ausschuss begann mit der Beratung. Bei Stimmenthaltung des Ausschussmitgliedes der Fraktion der AfD ersuchte der Ausschuss die Landtagsverwaltung einstimmig, dem Staatsgerichtshof mitzuteilen, dass der Ausschuss eine Erwiderung in Aussicht nehme. Diese könne aber nach Lage der Dinge erst im Oktober vom Landtag beschlossen werden. Deshalb bitte der Ausschuss um Fristverlängerung bis nach dem Oktober-Plenum.

5. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Niedersächsischen Bauordnung**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/1136](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch. Er schloss sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz an, den Gesetzentwurf in geänderter Fassung anzunehmen (Vorlage 15).

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, FDP, AfD

Ablehnung: -

Enthaltung: -

6. **Entwurf eines Gesetzes zu dem Staatsvertrag zwischen der Freien Hansestadt Bremen und dem Land Niedersachsen im Bereich der beiden EU-Fonds Europäischer Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) und Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) sowie nationaler Fördermaßnahmen**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/1422](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch. Er schloss sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz an, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, FDP, AfD

Ablehnung: -

Enthaltung: -

7. **Rundfunkbeitrag stabil halten - Akzeptanz für das System eines zeitgerechten öffentlich-rechtlichen Rundfunks erhöhen**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/1074](#)

Der Ausschuss beriet über den Antrag. Einen Änderungsvorschlag der Fraktion der FDP lehnte er mit den Stimmen aller anderen Fraktionen ab.

Der Ausschuss folgte der Empfehlung des Unterausschusses „Medien“, dem Landtag die unveränderte Annahme des Antrages zu empfehlen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE

Ablehnung: FDP, AfD

Enthaltung: -

8. **Rechte der Nebenklage stärken - Niedersächsische Gnadenordnung anpassen**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/351](#)

Der Ausschuss setzte die Antragsberatung fort.

9. a) **Angemessene Unterstützung der Betreuungsvereine für eine gute rechtliche Betreuung**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/846](#)

b) **Die Finanzierung der Betreuungsvereine nachhaltig sichern - Drittelfinanzierung aufgeben**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/1395](#)

Auf Bitten der Fraktion der CDU setzte der Ausschuss die Anträge von der Tagesordnung ab. Angestrebt wird nunmehr eine Verabschiedung im Oktober-Plenum.